

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 67 (1988)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Hat die SP die Anliegen der Industriearbeiter vernachlässigt? :  
Gewerkschaften ohne Sozialdemokraten? : Sozialdemokraten ohne  
Gewerkschaften?

**Autor:** Reimann, Fritz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-340582>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 01.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Strukturen, Versammlungsge-  
wohnheiten und Beitragsforde-  
rungen verschiedenste mögliche  
Zielgruppen von vorneher-  
ein ausschliessen.

Persönlich glaube ich nicht,  
dass die SP ihre Aufgabe als so-  
zialer Schutzwall eigentlich  
vernachlässigt hat. Wenn ich  
an die Landratsdebatte zum  
Thema soziale Krankenversi-

cherung denke, so meine ich,  
die SP bemühte sich da, ihre hi-  
storisch bedeutsame Rolle voll  
zu erfüllen. Soziale Forderun-  
gen wurden durch uns nicht  
vernachlässigt, sie sind in der  
Wahrnehmung nur in der Tat  
durch umweltpolitische The-  
men verdeckt worden. Wir le-  
ben auch im sozialpolitischen  
Bereich in einem merkwürdi-

gen Widerspruch. Nach wie  
vor zeigen Untersuchungen,  
dass wir bei weiten Kreisen der  
Bevölkerung über ein gewisses  
sozialpolitisches Vertrauen ver-  
fügen. Um hier jedoch erfolg-  
reicher politisieren zu können,  
benötigten wir andere Mehr-  
heiten, doch gerade die wurden  
uns verweigert.

*Hat die SP die Anliegen der Industriearbeiter vernachlässigt?*

## Gewerkschaften ohne Sozialdemokraten? Sozialdemokraten ohne Gewerkschafter?

*Von Nationalrat Fritz Reimann*

*Nach den Wahlen im Oktober  
hat der Präsident des Schweize-  
rischen Gewerkschaftsbundes,  
Fritz Reimann, in der «Weltwo-  
che» öffentlich über die Nieder-  
lage der Sozialdemokraten  
nachgedacht. Seine Thesen, wo-  
nach die SP die Anliegen der Ar-  
beiterschaft und somit ihre tradi-  
tionellen Wähler sträflich ver-  
nachlässigt habe, hat in zahlrei-  
chen Parteisektionen einiges  
Aufsehen, aber auch Proteste  
ausgelöst. Wir stellen hier den  
Beitrag von Fritz Reimann unse-  
ren Leserinnen und Lesern zur  
Diskussion. Fritz Reimann ist  
Verbandspräsident des Schwei-  
zerischen Metall- und Uhrenar-  
beitnehmerverbandes und sitzt  
für den Kanton Bern seit 1979 im  
Nationalrat.*

Es ist erstaunlich, wie rasch  
man nach dem 18. Oktober mit  
dem Verdikt bei der Hand war,  
die Gewerkschaften trügen die  
Schuld am Wahldebakel der  
Sozialdemokratischen Partei  
der Schweiz. Das dürfte wohl  
ein sehr voreiliger Schluss ge-  
wesen sein. Es muss gewiss  
nicht darüber gestritten wer-  
den, ob die SPS die Wahlen

verloren habe. Schwieriger  
wird es, wenn der Frage nach-  
gegangen werden muss, wer  
dafür die Verantwortung zu  
tragen habe. Bei allem Ver-  
ständnis dafür, dass Kopfjäge-  
rei und das Ausspähen von  
Sündenböcken kein sehr krea-  
tiver Vorgang in der Ursachen-  
forschung ist, müssen die  
Gründe dieser Wahlniederlage  
rasch gefunden und die not-  
wendigen Schlussfolgerungen  
gezogen werden. Diesbezüglich  
sind erst eindeutige Ergebnisse  
zu erwarten, wenn die Zahlen  
vorliegen, aus denen die  
Fremdstimmen, die reinen Li-  
stenwähler und die Streichun-  
gen und Kumulationen hervor-  
gehen. Darauf müssen wir bis  
nach Neujahr warten.

Sicher müssen auch die Ge-  
werkschaften über die Bücher  
und ihr Verhältnis zur und ihre  
Rolle in der Politik auf bundes-  
parlamentarischer Ebene neu  
überprüfen. Ganz so einfach  
wird dies gar nicht sein: Über  
60 Prozent der Mitglieder der  
Gewerkschaft Bau und Holz  
beispielsweise sind politisch  
sprachlos, weil ausländische  
Staatsangehörige. Der Anteil

der Ausländer wächst auch  
beim SMUV, insbesondere in  
den bevölkerungsreichen städ-  
tischen Agglomerationen. Die  
Ausländer machen bei den Me-  
tall- und Uhrenarbeitern heute  
schon bald 30 Prozent aus;  
auch sie sind politisch sprach-  
los.

Der Präsident des Schweizer  
Freisinns trifft deshalb mit sei-  
nen Unkenrufen nach einer Ar-  
beitervertretung ohne Sozialde-  
mokratie am Ziel vorbei. Dies  
ist keine Lösung, allerdings  
nicht deshalb, weil man diese  
Aufgabe nicht «braven Ge-  
werkschaftern» überlassen  
könne, wie Genosse Gross in  
der «Weltwoche» meinte. We-  
der Max Weber noch Hans Pe-  
ter Tschudi noch Willi Rit-  
schard noch Otto Stich, die alle  
das Vertrauen der Gewerk-  
schaften genossen, können als  
«brave Gewerkschafter» abge-  
stempelt werden. Und manche  
Bestimmungen in der schweiz-  
erischen Sozial- und Arbeits-  
zeitgebung trägt die Hand-  
schrift von Gewerkschaftern.  
Nein: die Gewerkschaften kön-  
nen ohne die Kraft der Sozial-  
demokratie ihre politischen

Anliegen im Parlament nicht durchsetzen, und die Sozialdemokratie hat ohne die Gewerkschaften zu wenig Kraft.

Der Sachverhalt ist nicht einfach. Die Übernahme von Verantwortung in der Parteispitze und in den Parteigliederungen bis weit in die Landsektionen durch akademisch geschulte Aktivistinnen hat zu einer Sprachlosigkeit auch unter den Schweizer Genossinnen und Genossen unterschiedlicher Herkunft geführt. Der Stil der Auseinandersetzung an derartigen «universitären» Konflikten mag für intellektuell geschulte Studenten, Assistenten und selbst Professoren ein Lustgewinn gewesen sein; für viele Arbeiterinnen und Arbeiter, aber auch für viele Angestellte, die frühmorgens, oft mit langen Arbeitswegen, zur Arbeit aufgebrochen sind und abends an der Parteiversammlung nicht mit auf das Wesentliche reduzierter Informationskosten konfrontiert, sondern mit zermürbenden Debatten um oft entlegene Themen ermüdet wurden, kam irgendwann der Punkt, an dem man den Rückzug in die eigenen Kreise den Parteiaktivitäten vorzog. Den Anliegen der Fabrikarbeiterinnen und Fabrikarbeiter wurde vielleicht zugehört; man war oft sogar stolz auf die Arbeiter in der Sektion, huldigte aber einem Industrieromantizismus, der mit den realen Verhältnissen schlicht nichts zu tun hatte. Die eigentlichen Probleme dieser Genossinnen und Genossen waren nicht mehr die Themen der Parteiversammlungen.

Später kamen die Anliegen der Ökologie in die Parteidiskussionen. Dafür war auch weiterhin so lange Verständnis vorhanden, als man noch nicht so recht wusste, wer eigentlich für die Umweltzerstörung verantwortlich sein sollte. Bald hatte man aber auch hier den Sündenbock gefunden: die In-

dustrie. Die Industrie aber war der Ort, wo viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ihr tägliches Brot verdienen mussten – ein ganz anderer Ort als die Schulstube, das Büro in der Verwaltung, die Forschungsanstalt an der Universität, das Kinder- oder Altersheim oder das Spital. Die Industrie ist eine eigene Welt, die sich nur vorstellen kann, wer selber dort sein Brot verdient. Dieses Auseinanderdriften der traditionellen Arbeiterschaft und der Eliten in der Partei ist das Verheerende, das die SPS im Bundesparlament auf den Stand von 1919 zurückgeworfen hat. Ich gehöre zu den Leuten, die glauben, dass dies nicht mit dem Genossen Trend zusammenhängt, wie das so manche behaupten. Es gibt Länder, in denen der Stand der Industrialisierung mit demjenigen der Schweiz vergleichbar ist und wo trotzdem Sozialdemokraten Regierungsverantwortung tragen. Die schwierige Aufgabe der Partei besteht vielmehr darin, neue Anhängerschaften und neue Themen zu finden und zu bearbeiten, ohne dabei die traditionellen Wähler zu verlieren. Momentan ist es in der Schweiz so gelaufen, dass man neue Schichten hätschelte, während man die treueste Wählerschaft sträflich vernachlässigte, die Gewerkschafterinnen und die Gewerkschafter. Das konnte mit der Zeit nicht mehr gutgehen. Hinzu kam ein nur schwer erklärbarer Fehler: Zunächst, als die Partei in den sechziger Jahren Wähler in Scharen an den Landesring verlor, der mit dem ganzen Gewicht einer von der Migros subventionierten Partei ureigenste sozialdemokratische Themen usurpierte, beschloss die SPS die Strategie des eigenen Gepräges. Sie liess sich nicht verführen, hängte sich nicht an die Themen dieser Partei, sondern fand zu einer

eigenständigen, unverwechselbaren Programmatik. Das zahlte sich mit dem Wahlsieg von 1975 aus.

Seither verliert die Partei, und seither versucht sie auch, zunächst die bessere POCH und später die bessere Grüne Partei zu sein. Diesen Wettbewerb konnte die SP nicht gewinnen in einer Zeit, in der ohnehin eine Tendenz zur gesellschaftlichen Atomisierung und Vereinzelung stattfand, die sich auch in der Zersplitterung der politischen Gruppierungen äussert. Was deshalb nützt, wäre das Aufnehmen von Anliegen, Bedürfnissen und Sorgen der Basis – auch dann, wenn diese weder besonders grün noch besonders «links» sind. Für den, der eben erst vor wenigen Jahren aus dem Existenzminimum geraten ist, bedeutet Verzicht mehr als für den, der im Monat 6000 Franken verdient. Auch der Familienvater mit drei Kindern rechnet und lebt anders als Frauen und Männer, die nur für sich selber sorgen müssen. Ich behaupte indessen, dass es genügend gemeinsame Interessen gibt, um wieder eine starke politische Aktionseinheit und Bewegung sein zu können.

Allerdings ist harte Arbeit nötig. Und dies ganz besonders bei den parteipolitisch noch gebundenen Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften.

Wer heute das Geschehen in der Partei bestimmt, tut es aufgrund demokratisch erhaltener Mandate und demokratisch gefällter Beschlüsse. Daran kann kein Zweifel bestehen. Aber Mehrheiten können beeinflusst werden. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden nicht darum herumkommen, ihr Wort in den Gliederungen der Partei wieder einzubringen, sich mit Mehrheiten durchzusetzen und dann auch wieder die Personalpolitik mitzubee-

stimmen. Ohne diesen schwierigen Weg durch die Institutionen, den seinerzeit der akademische Nachwuchs der späten sechziger Jahre mit einigem Erfolg angetreten hatte, geht es nicht. Damit verbunden sind Arbeit, Konflikte, Auseinandersetzungen und Niederlagen. Nur so werden die heute führenden Kader der Partei gezwungen sein, ihre bevorzugten Themen an ihnen fremden Massstäben messen zu lassen. Anders geht es nicht. Gewiss, die neue Fraktion der Sozialdemokraten in der Bun-

desversammlung ist zusammengeschrumpft. Wichtige sozialpolitische und arbeitsrechtliche Sprecher der Fraktion fehlen, die meist auch ausgezeichnete Kenner der Arbeitswelt in der Schweiz waren. Wenn die Fraktion sich jedoch zu Beginn der Legislatur einige wenige, überschaubare Ziele setzt und danach in den kommenden vier Jahren insbesondere dafür sorgt, dass diese Ziele erreicht werden, und damit ein Bild der Geschlossenheit vermittelt, dann dürfte sich auf diese Weise auch eine Aus-

strahlung auf das Leben in der Partei erreichen lassen. Hinzu kommt, dass auch die Verbände des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wieder zu grösserer Geschlossenheit zurückfinden müssen, anstatt sich öffentlich zu bekriegen. Und schliesslich muss der Prozess beginnen, dass die Arbeitnehmerschaft wieder in die Partei zurückkehrt und ihren aktiven Beitrag gegen alle Widrigkeiten in der alltäglichen politischen Arbeit leistet.

*Sozialismus als Humanismus und konkrete Moral*

## Unsere Ungeduld ist berechtigt

*Von Ruth Dreifuss*

*Am Wahlparteitag 1987 der SPS hat Ruth Dreifuss, Sekretärin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, ein Hauptreferat gehalten. Die Wahlen sind zwar vorbei und nicht so ausgefallen, wie der Parteitag 1987 sich das vorgestellt und erhofft hatte. Aber was Ruth Dreifuss den Genossinnen und Genossen zu sagen hatte, verdient es, einem weiteren Kreis bekannt gemacht zu werden, zumal sich Ruth Dreifuss mit dem Spannungsfeld Utopie und Zwang zum Reformismus der linken und Gewerkschaftsbewegung intensiv auseinandersetzte. Die Übersetzung aus dem Französischen besorgte Ruedi Wullschleger, ehemaliger Zentralsekretär beim VPOD.*

Es ist wohl mehr als nur angebracht, dass an diesem Parteitag auch eine Stimme aus der Romandie – und die einer Frau – zu vernehmen ist, und zwar nicht «bloss» als Diskussionsvotum oder im administrativen Teil. Dennoch zögerte ich, als mir angeboten wurde, hier «offiziell» das Wort ergreifen zu dürfen. Ich muss Euch daher kurz sagen, was mich bewegte, doch ans Rednerpult zu treten: Es ist beinahe schon zu einem Gemeinplatz für die Kommentatoren unseres politischen Lebens geworden, in unserer Partei zwischen einem gewerkschaftlichen und einem – ja, wie soll man das bezeichnen? –

«politischen» Flügel zu unterscheiden, oder auch den Reformismus der einen dem Utopismus der andern gegenüberzustellen. Oder von der eher konservativen Grundhaltung des einen und dem progressiven Draufgängertum des andern Flügels zu reden – gar einen Gegensatz von Arbeitern und Intellektuellen zu konstruieren und unsere internen Debatten mit ihrem so notwendigen wie förderlichen Ideenreichtum in eine ständige ZerreiSSprobe umzudeuten.

Als Gewerkschafterin – und nun gar vollamtliche Funktionärin – dürfte ich wohl befugt sein, diesen Karikaturen ein

realistischeres Bild unserer Partei entgegenzuhalten. Zwar genügte es eigentlich, uns ein bisschen besser zu kennen, uns nicht im Zerrspiegel zu betrachten, um sich davon zu überzeugen, dass diese gängige Zwei-Flügel-Darstellung grob verzeichnet ist. Aber da man ihr teilweise bis in unsere eigenen Reihen hinein Glauben schenkt, ist es wohl nicht ganz unnützlich, darüber zu sprechen.

Der Sozialismus lässt sich nicht in ein Schwarz-weiss-Schema zwängen. Er ist nicht ein Entweder-dies oder dann Eben-das. Er ist zugleich «extremistisch», systemverändernd und reformistisch. Er ist kühn, und er ist moderat. Er bedeutet sowohl Verteidigung von bereits Erreichtem wie auch Vorwegnahme einer durch neue Techniken und neue Denkweisen veränderten Zukunft. Er ist mit Leidenschaft dem Heute, dem Alltäglichen zugewandt und fordert uns gleichzeitig ein globales, ganzheitliches Denken ab, das auch die mögliche Zu-